
FDP Bad Vilbel

SEGMÜLLER HÄLT WORT – VILBELS GRÜNE SCHADEN DER STADT

11.12.2013

Bad Vilbel - Die Liberalen der Quellenstadt sind erfreut über das eindeutige finanzielle Zeichen der Firma Segmüller, an dem Standort in Bad Vilbel festzuhalten. Wie der heimische FDP - Fraktionsvorsitzende Jörg-Uwe Hahn nach der öffentlichen Sitzung des Haupt- und Finanzausschuss bestätigte, wird Segmüller noch in diesen Wochen ca. 2.7 Millionen Euro auf die Grundstücke im Quellenpark zahlen. "Trotz der unverständlichen Attacken aus der Regionalplanung in den letzten Wochen zeigt die Unternehmerfamilie Segmüller, dass sie an Bad Vilbel und den Standort glaubt. Das ist für die Infrastruktur der südlichen Wetterau, aber auch für ca. 500 zusätzlichen Arbeitsplätze in unserer Heimatstadt von ganz besonderer Bedeutung. Jetzt müssen wir uns alle anstrengen, dass aus den langwierigen Planungen wegen der Blockaden insbesondere durch die Regionalplanung bald ein rechtskräftiges positives Urteil und dann auch der Spatenstich kommt," so Hahn weiter.

Die Reaktionen der heimischen Grünen könne man deshalb nur noch mit totalem Unverständnis zurückweisen. Nachdem man jahrelang mit allen möglichen Tricks versucht hat, das Projekt in Bad Vilbel zu hintertreiben, erkläre die heimische Grünechefin Kathrin Anders nunmehr, man wolle keine Gigantomanie im Quellenpark. "Die nachhaltigste Nutzung für die Stadt ist die Ansiedlung von Segmüller, mit über 500 neuen Arbeitsplätzen und jährlich sehr hohen Zahlungen von Gewerbesteuer. Wenn sich die Bad Vilbeler Stadtverordnete Kathrin Anders gegen diese einmalige Chance für unsere Heimatstadt engagiert, so ist es doch das Beste, dass sie der demokratischen Kultur folgt und sich im Regionalparlamenten, aber nicht mehr in der Stadtveordnetenversammlung bewegt. Die FDP Mitglieder im Vilbeler Stadtparlament jedenfalls fühlen sich ausschließlich Vilbeler Interessen verpflichtet, wir sind gerne Lobbyisten unserer Heimatstadt," so der FDP Fraktionschef Hahn weiter.

Als nächste Etappe stehe nunmehr die Entscheidung des Verwaltungsgerichts in Gießen. Da sei man bei den Liberalen optimistisch, nachdem das Gericht einen für die Quellenstadt positiven Vergleichsvorschlag unterbreitet habe. Hahn erinnerte daran, dass allein aus egoistischen Gründen insbesondere der Taunusgemeinden die Regionalplanung mit den Stimmen von Grünen und SPD, aber auch der CDU diesen gerichtlichen Vorschlag abgelehnt haben.